

**aktuelle analysen 29**

**Stefan Luft**

**Die Dynamik der Desintegration**

**Zum Stand der Ausländerintegration  
in deutschen Großstädten**



**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

**aktuelle analysen 29**

**Stefan Luft**

**Die Dynamik der Desintegration**

**Zum Stand der Ausländerintegration  
in deutschen Großstädten**

ISBN 3 - 88795 - 248 - 0

© 2002 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)

Redaktion:

Wolfgang D. Eltrich M.A. (Redaktionsleiter)

Barbara Fürbeth M.A. (stv. Redaktionsleiterin)

Christa Frankenhauser (Redaktionsassistentin)

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	5
2. Zur demografischen Entwicklung .....	6
3. Sprachkompetenz nimmt ab .....	6
4. "Soziale Entmischung" nimmt zu.....	8
5. Kriminalitätsbelastung als Ausdruck einer Integrationskrise.....	10
6. Starke Zunahme der Jugendkriminalität.....	12
7. Hohe Arbeitslosigkeit und die Folgen.....	13
8. Überforderte Kommunen und Zuwanderung .....	14
9. Konsequenzen.....	16
9.1 Plädoyer für ein realistisches Bild von der Lage und ein Ende der Schönfärberei..	16
9.2 Plädoyer für einen Kurswechsel vom Integrationsangebot zur Integrationspflicht .	16
9.3 Plädoyer für den Abschied vom Ökonomismus.....	19
9.4 Plädoyer für eine offensive Auseinandersetzung mit der politischen Zielvorstellung der "multikulturellen Gesellschaft .....	20

## 1. Einleitung

Die Themen Zuwanderung und Integration bergen erheblichen Konfliktstoff. Das haben die Debatten über die Umgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die rot-grüne Bundesregierung ebenso deutlich werden lassen wie die Auseinandersetzungen um das Asylrecht in den Achtzigerjahren. Dabei wird über die zu Grunde liegenden Probleme von Zuwanderung und Integration nicht mit der nötigen Deutlichkeit und Offenheit diskutiert. Eine vorurteilsfreie Analyse ist die wesentliche Voraussetzung, um angemessene und zukunfts-taugliche politische Lösungen zu entwickeln. Das gilt auch für die Fragen der Integration jener Zuwanderer und ihrer Nachkommen, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren als "Gastarbeiter" nach Deutschland geholt wurden. Wenig Aufmerksamkeit wurde der Bildung ethnischer Kolonien in den Großstädten zuteil, obwohl sie sich bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert abzeichnet. Unter dem Stichwort der "Parallelgesellschaften" geriet das Thema in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre in die Schlagzeilen – tiefergehende Analysen blieben allerdings Sozialwissenschaftlern vorbehalten, deren Erkenntnisse nur selten einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht und dann auch diskutiert wurden.

Die öffentliche Debatte ist durch Realitätsverweigerung, eine Tendenz zur wirklichkeitsfernen Abstraktion und den Moralismus offensiver Lobbyisten geprägt. In der schier unüberschaubaren Literatur aus sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und politischen Kampfschriften wird nahezu durchgehend die Perspektive der Zuwanderer eingenommen. Leitbild ist eine wie auch immer geartete "multikulturelle Gesellschaft". Diesem absichtlich unkonkret gehaltenen Maßstab kann niemand gerecht werden. Die einheimische Bevölkerung wird unter den Generalverdacht latenter Fremdenfeindlichkeit gestellt. Mangelndes "multikulturelles Problembewusstsein", kleinbürgerliche Abwehr- und Abwertungshaltungen scheinen demnach das Denken und das Verhalten des bundesdeutschen "Durchschnittsmenschen" zu bestimmen. Eine teilweise aggressive Lobbyarbeit mit missionarischem Impetus verschiedenster professionell vernetzter Organisationen findet eine Resonanz in den Medien, die im umgekehrten Verhältnis zur Größe ihrer Anhängerschaft steht.

Abgesehen von den Ressentiments und unausgesprochenen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen nimmt die Debatte – insbesondere die Literatur dazu – nur selten die Lebenswirklichkeit wahr. Zu dieser Wirklichkeit gehört die Situation in vielen Großstädten, in denen sich Abschottung und Absonderung dynamischer entwickeln als gelungene Integration. Dabei werden die Sorgen und realen Schwierigkeiten der Einheimischen speziell mit Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen häufig unter das Verdikt von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gestellt, womit eine offene Debatte unmöglich gemacht werden soll. Das wird allerdings den Menschen nicht gerecht und treibt sie in die Arme rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien.

"Das gesellschaftliche Konfliktpotenzial von Zuwanderungsprozessen ist beträchtlich, da sich durch Zuwanderung nicht nur die Frage der Verteilung öffentlicher Güter neu stellt, sondern auch nationale und kulturelle Identitäten tangiert sind."<sup>1</sup> Alles spricht dafür, dass diese Aussage der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung zutreffend ist. Die Konflikte werden sich – mit oder ohne islamistische Terroristen – in den kommenden Jahren absehbar verschärfen. Deshalb sind Integration und Zuwanderung zu wichtige politische Themen, als dass die Wirklichkeit auf Dauer hinter den Nebelschwaden einer selbst ernannten "migrationspolitischen Fachöffentlichkeit" verschwinden dürfte. Transparenz und ein unverstellter Blick auf die Wirklichkeit sind unabdingbare Voraussetzungen für einen produktiven Streit um

Das öffentliche Bewusstsein über die Probleme der Zuwanderung und Integration ist in Deutschland weitgehend unzureichend. Die Debatte wird von einer kleinen Gruppe von Interessierten dominiert, die ihre Anliegen vornehmlich in den Medien artikulieren. Die meisten Menschen wissen wenig über die tatsächliche Situation der Zuwanderer und ihrer Nachkommen. Die öffentliche Debatte wird durch die Medien und die Politik in eine Richtung gelenkt, die die Interessen der Zuwanderer und ihrer Nachkommen nicht angemessen berücksichtigt. Die öffentliche Debatte wird durch die Medien und die Politik in eine Richtung gelenkt, die die Interessen der Zuwanderer und ihrer Nachkommen nicht angemessen berücksichtigt.

zukunftsweisende politische Entscheidungen.

## 2. Zur demografischen Entwicklung

Die Weltbevölkerung ist von 1950 bis zum Jahr 2000 von 2,5 auf 6,1 Milliarden Menschen angewachsen. Dabei ist der Anteil der Industrieländer im gleichen Zeitraum von 32 auf 20 Prozent zurückgegangen.<sup>2</sup> In Deutschland ist die Geburtenrate von 5 Kindern pro Frau des Jahrgangs 1860 auf aktuell 1,2 gesunken.<sup>3</sup> Die zur Bestandserhaltung notwendige Zahl liegt bei 2,1.

Der Anteil der zeitlebens kinderlosen Frauen an einem Jahrgang hat sich innerhalb von 25 Jahren in Deutschland verdreifacht: Lag er beim Jahrgang 1940 noch bei 10,6 Prozent, so bleibt vom Frauenjahrgang 1965 fast ein Drittel kinderlos.<sup>4</sup> Damit zeichnet sich eine Spaltung der Gesellschaft ab: in einen Teil, der zeitlebens kinderlos bleibt, und in einen – wie die Bevölkerungswissenschaftler sagen – "demografisch reproduktiven Familiensektor", bei dem die Zwei-Kind-Familie der häufigste Familientyp ist.<sup>5</sup> Der mittel- und langfristige Rückgang der Bevölkerung und die starke Zunahme des Anteils älterer Menschen sind zwei wesentliche Kennzeichen dieser Entwicklung.

Ein weiteres Merkmal besteht in einer Verschiebung der Bevölkerungsanteile zugunsten der Zuwanderer. Bei ihnen zeigt sich folgendes Bild: Diejenigen aus europäischen Herkunftsländern haben eine ähnlich niedrige Geburtenrate wie die deutsche Bevölkerung. Bei den aus der Türkei und aus der Dritten Welt Zugewanderten lag die Kinderzahl bei über zwei. So beläuft sich der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern 1998 bei den Deutschen auf 11 Prozent, bei den Ausländern war er mit 22,5 Prozent mehr als doppelt so hoch. Innerhalb der Gruppe der Ausländer war der entsprechende Anteil bei den Türken am höchsten (30 Prozent) und bei den

Ausländern aus Ländern der Europäischen Union mit 16 Prozent am niedrigsten. Innerhalb der Gruppe von Familien, die vier und mehr Kinder hatten, war der Anteil der türkischen Familien mit 47 Prozent am größten.<sup>6</sup>

Am deutlichsten werden die Auswirkungen dieser Entwicklungen in den Großstädten und Ballungsräumen, in denen 80 Prozent der Ausländer in Deutschland leben. Die dort bereits heute besonders hohen Ausländeranteile werden durch die Geburtenüberschüsse, weitere Zuwanderung und den Rückgang der einheimischen Bevölkerung weiter steigen. Für die kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens geht die amtliche Bevölkerungsprognose von 1998 bis zum Jahr 2015 bei der nichtdeutschen Bevölkerung von einem Geburtenüberschuss von 22,3 Prozent und bei der deutschen Bevölkerung von einem Geburtendefizit von minus 10,4 Prozent aus.<sup>7</sup>

So verwundert es nicht, dass die Vorausberechnungen für 2010 einen Ausländeranteil in der Altersgruppe zwischen 20 und 40 Jahren von zwischen 40 und 50 Prozent ergeben. In Berlin (West) wird der Anteil der Ausländer bei den unter 20-Jährigen bis 2015 auf 52 Prozent ansteigen.<sup>8</sup> Das bedeutet, dass die nicht-zugewanderte inländische Bevölkerung bei den unter 40-Jährigen in den Großstädten "zu einer Minderheit unter anderen Minderheiten wird", wie der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg festgestellt hat.<sup>9</sup>

## 3. Sprachkompetenz nimmt ab

Dass hier nicht über ferne Zeiten gesprochen wird, zeigt ein Blick auf Städte wie Duisburg, Berlin oder Hamburg. Die hohen Anteile ausländischer Wohnbevölkerung konzentrieren sich in der Regel auf einzelne sozial schwache Stadtteile. So haben die Ausländeranteile dort längst die 30 Prozent-Marke überschritten: Das gilt für Duisburg-Marxloh ebenso wie für Hamburg-Wilhelmsburg oder die westlichen In-

nenstadtbezirke Berlins. Bei den unter 21-Jährigen ist in diesen Stadtteilen die 50 Prozentgrenze meist schon überschritten. In Kindertagesstätten Kreuzbergs beträgt der Ausländeranteil 63 Prozent. Im Berliner Bezirk Wedding sind 60 Prozent der Schüler in den 1. Klassen im Schuljahr 1998/99 ausländischer Staatsangehörigkeit. "Hier haben 80 Prozent der Kinder als Muttersprache nicht Deutsch gelernt, drei Viertel aller Eltern sind arbeitslos", heißt es in einer Reportage über eine Kindertagesstätte mit über 220 Kindern in Wedding.<sup>10</sup> Die Überforderung des Personals angesichts des Sprachengemischs und der unterschiedlichen kulturellen Prägungen der Kinder ist offensichtlich. Ausreichendes oder sprachlich geschultes Personal kann sich die Stadt nicht leisten – es wäre allerdings die Voraussetzung, um den Kindern trotz ihrer schwierigen Lage akzeptable Startchancen für ihr schulisches Leben zu vermitteln.

Die Defizite bis hin zum Analphabetismus zeigen sich stark ausgeprägt auch bei jenen jungen Frauen aus der Türkei, die von ihren Männern nach der Heirat im Rahmen von Familienzusammenführungen nach Deutschland geholt werden. Rund 60 Prozent der Ehen türkischer Staatsbürger in Deutschland werden mit einem Partner oder einer Partnerin aus der Türkei geschlossen. 1996 wurden rund 17.600 Visa für Ehegattennachzüge nach Deutschland ausgestellt.<sup>11</sup> So resümiert eine Mitarbeiterin der Volkshochschule der rheinischen Stadt Troisdorf, die über die Arbeit einer Betreuungsstelle für ausländische Frauen und Mädchen berichtet, "dass insbesondere im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland gekommene muslimische Frauen oft nur ein sehr geringes formales Bildungsniveau mitbringen. Dies gilt nicht nur für die älteren Frauen der ersten Gastarbeitergeneration, sondern trifft fast ohne Ausnahme für alle Frauen aus dem arabischen Raum zu und gilt darüber hinaus auch für den Großteil der jungen Türiken aus dem ländlichen Raum Anatoliens. [...] Auch wenn sie im Gegensatz zu

den meisten arabischen Frauen meist über elementare Grundschulkenntnisse verfügen, so sind sie doch mit dem Lerntempo von 'normalen' Deutschkursen überfordert."<sup>12</sup>

Häufig erweisen sich die traditionellen Geschlechterrollen als Hindernis für Frauen, entsprechende Sprachkurse außerhalb der eigenen vier Wände zu besuchen. "Oftmals können türkische Frauen ihre Erziehungsaufgabe in Deutschland nicht adäquat wahrnehmen, weil es ihnen verwehrt wird, Bildungs- bzw. Sprachbildungsinstitutionen zu besuchen. Nach dem klassischen Bild der Frauen in der Familie, das vielen türkischen Familien vorschwebt, ist eine Weiterbildung der Frau nicht vorgesehen, da sie diese nicht bräuchte, um ihre Aufgaben zu Hause zu erfüllen", fasst die Leiterin eines Kindergartens im Kreis Aachen ihre Erfahrungen zusammen.<sup>13</sup>

Den Kindern wird auf diese Weise eine erfolgreiche Integration in das deutsche Bildungswesen stark erschwert. "Die Kinder, die in diesem Milieu aufwachsen, hören so kein einziges Wort Deutsch. Dann kommen sie in die Schule und es ist, als würde man sie direkt aus Anatolien hierher holen. Das wird in den nächsten Jahren ein noch größeres Problem", stellt der Islamwissenschaftler Michael Kiefer fest, der an der Konzeption des Islamunterrichts an nordrhein-westfälischen Schulen beteiligt ist.<sup>14</sup>

Besonders schlecht sind die Deutschkenntnisse bei jenen, die als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind. Zum einen wurde vor dem Hintergrund der zunächst erwarteten Rückkehr innerhalb von zwei bis drei Jahren von keiner Seite auf ein systematisches Erlernen der deutschen Sprache Wert gelegt. Hinzu kam – was die türkische Gruppe betrifft – , "dass viele der Gastarbeiter, die aus den ländlichen Gebieten stammten, auch in der Türkei keinerlei Schulbildung genossen hatten".<sup>15</sup> So wundert es nicht, dass Fachleute davon ausgehen, dass die Gastarbeiter (mit Aus-

nahme der Flüchtlinge und Asylbewerber) über das niedrigste Sprachniveau verfügen, obwohl sie am längsten in Deutschland leben.<sup>16</sup>

Ein großer Teil der Zuwandererfamilien – insbesondere aus der Türkei – hält am Gebrauch ihrer Muttersprache fest. Eine Hamburger Untersuchung dokumentiert, dass die Mehrheit der befragten türkischen Familien im Alltag Türkisch redet. 34 Prozent der Familien aus der Türkei gaben an, ausschließlich Türkisch zu sprechen, alle anderen gaben an, sowohl Deutsch als auch Türkisch oder Kurdisch zu sprechen.<sup>17</sup> "Man kann also davon ausgehen, dass die Zweisprachigkeit in Deutschland in den unterschiedlichsten Mischungen und Dominanzen in absehbarer Zeit eher verbreiteter als seltener werden wird und das Bildungswesen sich auf diese Situation einstellen muss."<sup>18</sup>

Städtische Einrichtungen – wie Volkshochschulen – unternehmen große Anstrengungen, entsprechende Angebote bereitzustellen und die Hürden zu überwinden. Die Eltern sollen motiviert werden, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken und auch sich selbst fortzubilden. Zahlreiche Bildungs-, Freizeit- und Beratungsangebote richten sich an sie.<sup>19</sup>

Dabei zeigen die Erfahrungen, dass die Deutschkenntnisse bei der Einschulung eher abnehmen, obwohl die angehenden Grundschüler bereits die dritte in Berlin lebende Generation sind.<sup>20</sup> Fachleute sehen die Ursachen in erster Linie in den Familien, die sich abkapseln und es versäumen, die sprachliche Kompetenz ihrer Kinder ausreichend zu entwickeln. Dass dies die Integrationsfähigkeit von Schulen überfordert, liegt auf der Hand: Die türkischen Schüler lernen weder ausreichend Deutsch noch Türkisch, und ihre deutschen Mitschüler sind gegenüber Schülern in anderen Stadtteilen eindeutig benachteiligt. Ein Drittel der ausländischen Kinder verlässt Berlins Schulen ohne Abschluss. Die Zahl der Schulabbrecher liegt mehr als doppelt

so hoch wie bei der vergleichbaren deutschen Altersgruppe.<sup>21</sup> Kaum jemand kann seine Begabungen unter diesen Bedingungen angemessen entfalten. Die Eltern machen sich – verständlicherweise – zunehmend Sorgen um die beruflichen Chancen ihrer Kinder. Die Folge ist: Deutsche Eltern, die es sich leisten können, verlassen den Stadtteil oder betätigen sich als "Schulschleuser" und bringen ihre Kinder an anderen Schulen unter.<sup>22</sup>

#### 4. "Soziale Entmischung" nimmt zu

Besser gestellte Türken und Deutsche mit Kindern verlassen die einschlägigen Stadtteile, sodass im Ergebnis die Bevölkerungszahlen sinken, der Ausländeranteil aber weiter steigt. In einem Bericht des Berliner Senats zur "Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zur Entschärfung sozialer Konflikte besonders belasteter Stadtquartiere" heißt es: "Die Abwanderung wird überwiegend durch Familien mit Kindern sowie durch Haushalte mit gesichertem Einkommen bestimmt, während die zuziehenden Bevölkerungsgruppen tendenziell sozial- und einkommensschwach sind; der Anteil von Erwerbslosen und Ausländern nimmt zu. Durch diese sozial selektiven Wanderungsprozesse nimmt die soziale Segregation (Entmischung) fortschreitend zu. [...] Dadurch bilden sich Teilgebiete heraus, in denen sich vielfältige soziale Problemlagen konzentrieren und sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken."<sup>23</sup>

Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse insbesondere in der jüngeren Generation stellt sich die Frage, wer sich wohin integrieren soll. Der Zusammenhalt der Großfamilien und das soziale Geflecht mit einer ausgeprägten Selbsthilfebereitschaft bewirken eine zunehmende Abschottung. Darüber hinaus bieten diese Stadtviertel eine ethnisch ausgerichtete Angebotsvielfalt, die den Interessen und Bedürfnissen der ausländischen Wohnbevölkerung nahezu



optimal entspricht. Eine fast vollständig ausgebaute türkische Dienstleistungsinfrastruktur – Gaststätten, Teehäuser, Ärzte, Lebensmittelhändler, Friseure, Reisebüros, ein Kaufhaus – macht den Kontakt dieser Bevölkerungsgruppe zur deutschen Gesellschaft weitgehend überflüssig. "Wir brauchen hier die deutsche Sprache nicht", meint denn auch ein 20-jähriger Kreuzberger türkischer Staatsangehöriger im Gespräch mit dem damaligen Berliner Innenminister, Jörg Schönbohm.<sup>24</sup> Der Sprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg wird in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit der Einschätzung zitiert: "Irgendwann in den letzten Jahren hat das türkische Leben Berlins jene Dichte erlangt, ab welcher die eigene Schwerkraft den Anpassungssoz des deutschen Umfelds übertrifft. Der integrierende Einfluss der Mehrheitsgesellschaft dringt seither nicht mehr durch."<sup>25</sup>

Deutsche und Ausländer leben – nicht zuletzt auf Grund der Sprachbarrieren – in den städtischen Ballungszentren meist isoliert nebeneinander her. Es ist ein Leben, das zwar in Deutschland gelebt wird, mental und seelisch aber in einer anderen Welt stattfindet, die eher die Welt des Herkunftslandes ist. Eine neue Heimat ist etliche Jahrzehnte nach der Zuwanderung (noch?) nicht entstanden. Die einheimische Bevölkerung trauert hingegen den weit zurückliegenden "besseren" Jahren ihres Stadtteils nach und lebt vielfach noch in dieser Zeit. "Es wird nicht (mehr) versucht, sich eine neue Heimat in direkter Auseinandersetzung mit der deutschen Gesellschaft zu schaffen. Ähnlich wie sich die 'Alteingesessenen' in eine Illusionswelt aus der Vergangenheit zurückziehen, reagiert ein Teil der türkischen Bevölkerung auf verweigerte Identität, Sicherheit und Beteiligung mit einem Rückzug in ein eigenes Territorium. Dieses Territorium wird [...] von vielen Bewohnern und vor allem Frauen der ersten Generation kaum verlassen", analysieren Sozialwissenschaftlerinnen die Situation in Marxloh.<sup>26</sup> Einerseits schaffen sich die zugewanderten Minderheiten auf

diese Weise vertraute Räume, in denen sie sich sicher fühlen und schnell orientieren können. Andererseits werden durch diese Abschottung Vorurteile und Ängste auf beiden Seiten kultiviert. Verschwörungstheorien haben insbesondere auf türkischer Seite Hochkonjunktur, wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen.<sup>27</sup> Die Entwicklung von Vertrauen zu oder gar der Identifikation mit der deutschen Umgebung durch den Kontakt zu Nachbarn oder Vereinen wird auf diese Weise erheblich erschwert. Die Identifikation mit der eigenen ethnischen Gruppe, der eigenen Kultur und der Heimat, wird hingegen verstärkt, was wiederum zur Abgrenzung von der Mehrheit der Gesellschaft führt.

Zu diesen Resultaten kommen auch die Sozialforscher der Universität Bielefeld, die sich in einer vierjährigen, vom nordrhein-westfälischen Sozialministerium geförderten Studie mit Integrations- und Desintegrationsproblemen in großen Kommunen beschäftigt haben: "Diese Ergebnisse sind deutliche Anzeichen einer derzeit problematisch ablaufenden Integrations-Desintegrationsdynamik zwischen Mehrheit und (türkischer) Minderheit."<sup>28</sup>

Auf Grund ihrer Befragungsergebnisse weisen sie auf die "außerordentliche Brisanz gesellschaftlicher Desintegration nicht nur bezüglich der Einstellung zu Konflikten, sondern auch zu möglicher Gewalt" hin und kommen zu dem Schluss, "dass wir von einem erheblichen interethnischen Konfliktpotenzial zwischen der 'einheimischen' Mehrheitsbevölkerung und der hier zum großen Teil bereits in der zweiten oder dritten Generation lebenden türkischen Minderheit ausgehen müssen".<sup>29</sup>

Die Tatsache, dass sich in erster Linie die türkische Wohnbevölkerung in einzelnen Stadtteilen oder Straßenzügen konzentriert und damit automatisch auch das Straßensbild prägt, führt bei den Einheimischen nicht selten zu dem Gefühl, verdrängt zu werden. Der öffentliche Raum wird zunehmend von der zugezogenen ausländi-

schen Bevölkerung dominiert und die Alltagskultur von den Symbolen der Zuwanderer beherrscht. Wenn ein Haus nach dem anderen in türkische Hände übergeht, der Kiosk an der Ecke – als ein traditioneller Ort der Kommunikation – von türkischen Pächtern übernommen wird und türkische Geschäfte und Teestuben das Straßenbild bestimmen, vollständig oder zumindest teilweise vermummte Frauen und sich befehdende Jugendbanden den öffentlichen Raum sichtbar prägen, dann wird dies selten als multikulturelle Bereicherung empfunden.

Die kulturelle Dominanz der einheimischen Bevölkerung im öffentlichen Raum wird hier unübersehbar in Frage gestellt. Das Gefühl des Fremdseins in der eigenen Heimat wird dann häufig immer stärker. Wer kann, wird sich einen anderen Wohnort suchen, womit der Bildung ethnischer Kolonien erneut Vorschub geleistet wird.

Distanz und Fremdheit werden auch durch einen Strukturwandel innerhalb der türkischen Gemeinschaft verstärkt, der sich seit Ende der Achtzigerjahre abzeichnet: Waren es früher vorwiegend linke türkische Gruppen, die sich durch Demonstrationen und Infostände, Plakate und Parolen an Häuserwänden bemerkbar machten, so prägen heute religiöse Gruppen mit ihren Ausdrucksformen und Symbolen einzelne Stadtviertel. "Über die religiösen Gruppen [...] tauchen dauerhaft präzente Minarette, Moscheen, Kopftücher und der Gebetsruf auf, die den sozialen Raum symbolisch verändern und besonders von den deutschen Alteingesessenen in ihren vertrauten Orten als Herausforderung interpretiert werden."<sup>30</sup>

Über die Abschottung besonders nach Gewalttätigkeiten innerhalb türkischer Gruppen berichtet ein Berliner Oberstaatsanwalt, zuständig für Jugendgruppengewalt:

"Zum Beispiel passiert es, dass man sich in bestimmten türkischen Kreisen untereinander über das Verfahren außergerichtlich einigt. Dann machen die alles dicht, dann

erfährt man nichts mehr, dann ist Schweigen nach allen Seiten, dann wird blockiert und die deutsche Justiz ist außen vor. Ich habe also in diesen Kreisen den Eindruck, dass die nicht in dieser Gesellschaft leben, sondern in einer Sondergesellschaft, die ihre Belange privat regelt und dann völlig dicht macht."<sup>31</sup>

## 5. Kriminalitätsbelastung als Ausdruck einer Integrationskrise

Die hohe Kriminalitätsbelastung ausländischer Jugendlicher ist ein weiterer Ausdruck der Integrationskrise.

In Hamburg besaßen fast die Hälfte aller ermittelten Tatverdächtigen unter 21 Jahren nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.<sup>32</sup> 1999 lag der Anteil ausländischer Tatverdächtiger an allen Tatverdächtigen der Gewaltdelinquenz unter 21 Jahren bei 44,9 Prozent. Ähnliches gilt für Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen sowie die gefährliche und schwere Körperverletzung.<sup>33</sup> Der Ausländeranteil im Strafvollzug in Hamburg liegt bei 65 Prozent.<sup>34</sup>

Für Berlin zeichnet sich ein vergleichbares Bild ab: Bei Raubdelikten und schwerer Körperverletzung liegt die Tatverdächtigenbelastung bei türkischen Jugendlichen drei Mal so hoch wie bei der vergleichbaren deutschen Altersgruppe (wobei auch hier Illegale, Touristen und Durchreisende bereits herausgerechnet worden sind), bei Libanesen um das 7- bis 10fache und bei Rumänen um das 17- bis 20fache höher.<sup>35</sup> Der Ausländeranteil an den zu einer Jugendstrafe Verurteilten lag in Berlin 1997 bei 42,5 Prozent.<sup>36</sup> Von den 175 Untersuchungsgefangenen in der Jugendstrafanstalt Berlin sind nur 75 Deutsche, die zweitgrößte Gruppe bilden die Türken, gefolgt von Libanesen und Jugoslawen.<sup>37</sup>

Gleichzeitig hat sich die Gewalttätigkeit in den vergangenen Jahren auch qualitativ negativ verändert. Ein Jugendrichter aus

Berlin-Neukölln berichtet über seine Erfahrungen: "Die Qualität von Gewalt verändert sich, wird brutaler, die Häufung von Gewalt nimmt zu. Qualität von Gewalt, da meine ich einfach auch die Bewaffnung, die immer mehr zur Regel wird."<sup>38</sup>

Bei verschiedenen Ausländergruppen ist die Gewaltbereitschaft besonders groß. Ein Experte vom Landeskriminalamt Berlin stellt auf Grund seiner jahrzehntelangen Erfahrung die These auf, dass das Messer in gewalttätigen Konflikten nicht von Deutschen ins Spiel gebracht worden sei, sondern von Nichtdeutschen.<sup>39</sup> Diesen Eindruck bestätigt auch der für Jugendgruppengewalt und Rohheitsdelikte zuständige Oberstaatsanwalt am Berliner Landgericht: "Was mir nun jetzt bei den Nichtdeutschen auffällt, ist insbesondere, dass sie furchtbar leicht mit dem Messer umgehen. Das sind Libanesen, Araber, Jugoslawen, Türken, die verstehen es hervorragend, mit dem Messer umzugehen, und sie gebrauchen das Messer auch sehr gekonnt. Sie stechen so tief, wie sie wollen. Sie tun das nicht in höchster Erregung, sondern sie bedecken etwa die Schneide des Messers und lassen dann nur drei Finger breit die Spitze rauskommen, um jemanden zu strafen, ohne ihn groß zu verletzen. Sie können das also besser als etwa die Deutschen. Deutsche tun das in Erregung, in der Wut, stechen dann blindwütig zu und können die Ergebnisse gar nicht mehr vorhersehen."<sup>40</sup>

Ein Jugendrichter aus Neukölln beschreibt die Supermarktüberfälle, die fast ausschließlich von ausländischen Jugendlichen begangen werden – nicht aus geschlossenen Gruppen heraus, sondern mit wechselnder Beteiligung. Sie "zeichnen sich dadurch aus, dass Gewalt angewandt oder damit gedroht wird. Es werden Waffen mitgeführt, seien es Messer oder Gaspistolen. Es werden Angestellte der Supermärkte damit bedroht, aber nicht nur durch eine simple Bedrohung. Die Täter genießen es, Macht zu haben über andere. Die werden gedemütigt. Sie werden richtig

zu Boden gebracht. Nun wird, wie es früher in Rom bei den Kämpfen üblich war, der Fuß in den Nacken gestellt, symbolisch ausgedrückt, aber auch in gewisser Weise real, und es wird ausgekostet, dass diese Opfer wahnsinnige Ängste haben. Bei diesen Taten geht es um große Summen, wenn die Sache gut läuft, um ca. 8.000 bis 10.000 DM. In den Verhandlungen sind die Ersttäter in der Regel geständig."<sup>41</sup>

Die Statistik weist aus, dass ausländische – insbesondere türkische und libanesische – Jugendliche in Berlin bei Delikten schwerer Körperverletzung weit stärker in Erscheinung treten als ihre deutschen Altersgenossen.<sup>42</sup>

Was die Opfer angeht, so zeigen die Erfahrungen der Polizei, dass sich ausländische Jugendgruppen bevorzugt deutsche Jugendliche als Opfer aussuchen, da sie von ihnen weniger oder gar keine Gegenwehr erwarten. Auch sehen sie keine Gefahr, dass sich die Opfer durch Verwandte (Brüder, Väter) oder durch Freunde später rächen. So berichtet der Jugendbeauftragte der Berliner Polizei für Kreuzberg und Neukölln: "Hinsichtlich der deutschen Opfer hat man die Erfahrung gemacht, dass diese Drohungen ernst nehmen und sich niemandem anvertrauen. In aller Regel sind sie auch körperlich unterlegen. Von hiesiger Dienststelle wurde auch beobachtet, dass diese beschriebene Angst kuriose Formen annimmt. So gab es unter anderem Fälle, wo deutsche Opfer Jugendlichen (dem äußeren Anschein nach südländischer Herkunft) Gegenstände aushändigten, ohne dass ein Wort zwischen beiden Beteiligten gewechselt wurde, weil die latente Gewalt bei Straftätern mit südländischem Aussehen vorausgesetzt wird."<sup>43</sup>

Geringer belastet als ihre deutschen Altersgenossen sind türkische Jugendliche allerdings beim Ladendiebstahl, hier fallen die libanesischen Jugendlichen besonders negativ auf.<sup>44</sup>

## 6. Starke Zunahme der Jugendkriminalität

Die Jugendkriminalität hat in Deutschland in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Alleine die Polizeilichen Kriminalstatistiken – also die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten – weisen aus, dass die registrierte Gewaltkriminalität der 14- bis 20-jährigen Tatverdächtigen zwischen 1984 und 1997 in Westdeutschland um das 3,3fache gestiegen ist.<sup>45</sup> Dabei gehen zwei Drittel auf die starke Zunahme ausländischer Tatverdächtiger zurück.<sup>46</sup> Allerdings muss ein ethnisch selektives Anzeigeverhalten in Rechnung gestellt werden: Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) belegen, dass einerseits gewalttätige Auseinandersetzungen seltener zur Anzeige gebracht werden, wenn Täter und Opfer derselben ethnischen Gruppe angehören; andererseits aber häufiger angezeigt wird, wenn das Opfer Deutscher und der Täter Ausländer ist. Auch wenn man dies berücksichtigt, geht nach Ansicht von Kriminologen der Anstieg "der polizeilich registrierten Gewaltkriminalität junger Menschen [...] weit über das hinaus, was durch eine Erhöhung der Anzeigebereitschaft erklärt werden könnte"<sup>47</sup>, was im Übrigen die praktischen Erfahrungen seit vielen Jahren bestätigen. Das belegen auch Befragungen unter Jugendlichen, wie sie das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen bundesweit durchgeführt hat: Danach ist die Rate der Mehrfachtäter bei türkischen Jugendlichen fast drei Mal höher als die entsprechende Quote bei einheimischen Deutschen. Von den Opfern werden türkische Jugendliche am häufigsten genannt (32,2 Prozent). "Sie sind damit – gemessen an ihrem Anteil unter den Befragten – um etwa das Vierfache als Täter überrepräsentiert. Ausländische Jugendliche insgesamt wurden im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Schülerschaft doppelt so oft als Täter genannt."<sup>48</sup>

Der Anstieg der wegen Gewaltdelikten angeklagten Jugendlichen und Heranwach-

senden in Hannover zwischen 1990 und 1996 geht zu 95,1 Prozent auf junge Ausländer, Aussiedler und eingebürgerte Deutsche zurück. Das ergab eine Analyse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten in der niedersächsischen Landeshauptstadt.<sup>49</sup>

Auf der Basis umfangreicher Untersuchungen in neun deutschen Städten und der Befragung von 16.000 Jugendlichen nach ihren Gewalterfahrungen 1998 hat das KFN (unter Leitung des heutigen niedersächsischen Justizministers Christian Pfeiffer) jüngst wichtige Analysen – nicht nur zur Erforschung des Dunkelfeldes der Kriminalität – geliefert. Dabei wurden genau jene Bedingungen erfüllt, deren Fehlen Kritiker bei der PKS bemängeln und mit der sie ihre angeblich mangelnde Aussagekraft zu belegen versuchen: Es wurden vergleichbare soziale Gruppen gleichen Geschlechts und Alters unter deutschen und ausländischen Jugendlichen gegenübergestellt. Demnach ergeben sich sowohl aus der Sicht der Täter als auch aus der Sicht der Opfer erhebliche Unterschiede in der Gewaltbelastung Jugendlicher. Die höchste Rate bei der Frage, ob und wie oft sie im zurückliegenden Zeitraum eines Jahres "andere beraubt, erpresst, massiv geschlagen oder mit einer Waffe bedroht hatten", wiesen die türkischen Jugendlichen mit 34,2 Prozent auf, ihnen folgten Schüler aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 29,2 Prozent.<sup>50</sup> "Auf hundert türkische Jugendliche entfallen pro Jahr nach eigenen Angaben fast drei Mal so viel Gewalttaten wie auf gleichaltrige Deutsche. Bei den Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind es etwa 2,5-mal so viel."<sup>51</sup> Um der Gefahr zu entgehen, dass man Übertreibungen aufsitzt, wurden auch die Opfererfahrungen abgefragt. Mit dem gleichen Ergebnis: "Selbst junge Türken nannten zu 26,9 Prozent ihre Landsleute als Täter – eine Quote, die etwa drei Mal so hoch liegt wie der Anteil der türkischen Jugendlichen unter den befragten Schülerinnen und Schülern."<sup>52</sup>

Legt man die Lebensumstände der ausländischen Jugendlichen zu Grunde – Arbeitslosen- und Sozialhilfequote der Eltern sowie die Ausbildungsperspektiven –, so zeigt sich einerseits, dass in jenen Städten, in denen die soziale Integration besser gelungen ist, auch die Gewaltrate niedriger ist. Andererseits stellen die Autoren der Studie fest, dass sich auch in den Gruppen, deren sozialer Stand (Besuch eines Gymnasiums, keine Arbeitslosigkeit der Eltern) vergleichsweise hoch ist, erhebliche Unterschiede in der Gewalterfahrung auftun. So zeigen die jungen Türken immer noch eine doppelt so hohe Gewaltbelastung (22,9 zu 11,2 Prozent) wie ihre deutschen Altersgenossen. Deutlichen Abstand vor den anderen ethnischen Gruppen weisen auch die Jugendlichen aus dem früheren Jugoslawien auf.<sup>53</sup>

Die Autoren führen das in erster Linie auf die erheblich stärkeren Gewalterfahrungen in den eigenen Familien zurück. Fast jeder fünfte der befragten türkischen Jugendlichen gab an, im Laufe des zurückliegenden zwölf Monatszeitraums zu Hause misshandelt worden zu sein. Bei den Deutschen erklärte nur jeder 18., entsprechende innerfamiliäre Gewalterfahrungen gemacht zu haben. Ähnliche Unterschiede gibt es auch bei der Anwendung von Gewalt zwischen den Eltern. Jeder dritte türkische Jugendliche und jeder elfte deutsche Jugendliche gaben an, entsprechende Erfahrungen zu besitzen. Auch hier wurde auf die Zugehörigkeit zu vergleichbaren sozialen Gruppen geachtet.<sup>54</sup>

Hinzu kommt ein weiterer Befund: Je länger die Aufenthaltsdauer in Deutschland währte, desto häufiger gaben die befragten türkischen Jugendlichen an, im Zeitraum der zurückliegenden zwölf Monate Gewalttaten begangen zu haben – am häufigsten, wenn sie in Deutschland geboren waren. Ein vergleichbares Bild ermittelte die Studie auch für andere ethnische Gruppen. Das gilt auch für die Gewaltquote innerhalb der betroffenen Familien.<sup>55</sup> Die Autoren Pfeiffer und Wetzels führen diese

Ergebnisse auf eine Integrationskrise auf Grund der kulturellen Herkunft zurück. Konkret drückt sie sich bei den männlichen Jugendlichen vor allem durch die aus dem islamischen Kulturkreis stammenden Männlichkeitsvorstellungen aus, die mit den in Deutschland dominierenden Haltungen zunehmend in Konflikt geraten. "Die besonders hohe Gewaltrate männlicher türkischer Jugendlicher erscheint damit auch als Ausdruck eines Männlichkeitskonzeptes, das unter den sozialen Rahmenbedingungen unseres Landes mit wachsender Aufenthaltsdauer in eine tiefe Legitimationskrise gerät."<sup>56</sup>

Zu den wesentlichen Ursachen der sehr hohen Kriminalitätsrate unter jugendlichen Ausländern zählen unbewältigte Probleme im Elternhaus sowie zunehmende Funktionsverluste von Eltern und Familien. Die Eltern verlieren den Einblick und die erzieherische Kontrolle über die Lebenswelt ihrer Kinder. Dieses Phänomen macht sich bei Zuwanderern aus außereuropäischen Kulturkreisen besonders bemerkbar, da sich die Elterngenerationen häufig stark an traditionellen Strukturen und Verhaltensmustern orientieren, während die Kinder der westlichen Konsumgesellschaft ausgesetzt sind. Hinzu kommen Konflikte, die sich aus mangelnder Ausbildung und Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig gestiegenen Konsumbedürfnissen sowie aus Verunsicherungen und Anpassungsschwierigkeiten an eine andere Kultur und deren Normen ergeben, woraus Orientierungs- und Identitätsdefizite entstehen. Sie werden wiederum durch eine besondere Betonung ihrer nationalen Identität kompensiert.

## 7. Hohe Arbeitslosigkeit und die Folgen

Ein weiterer Indikator für die Dynamik der Desintegration ist die hohe Arbeitslosigkeit unter Ausländern und die überproportionale Beteiligung am Bezug von Sozialhilfeleistungen. So sind Ausländer in Hamburg mit einem Anteil von 22,3 Prozent an

allen Arbeitslosen fast drei Mal so stark vertreten, wie es ihrem Beschäftigtenanteil entsprechen würde.<sup>57</sup> Im Hamburger Arbeitsmarktbericht 2000 heißt es deshalb: "Alarmierend ist, dass die Ausländerquoten bei den Arbeitslosen kontinuierlich zunehmen. Es ist vor allem die unzureichende schulische und berufliche Qualifikation, die ihre Integration in den Arbeitsmarkt verhindert. Diese Defizite auf Seiten der ausländischen Arbeitslosen sind umso schwer wiegender, als absehbar ist, dass sich die Arbeitslandschaft in den kommenden Jahren tief greifend verändern wird."<sup>58</sup>

1998 erhielten in Hamburg 100.000 deutsche Staatsangehörige Sozialhilfe und rund 55.000 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen.<sup>59</sup> Der 2. Hamburger Armutsbericht weist aus, dass sich die Zahl der ausländischen Empfänger von Sozialhilfe zwischen 1980 und 1990 mehr als versechsfacht hat (von 7.098 auf 46.566). Die Zahl der deutschen Empfänger von Sozialhilfe verdoppelte sich im selben Zeitraum (von 49.395 auf 104.204).<sup>60</sup>

Die Arbeitslosenquote der Ausländer in Berlin liegt mit 34,1 Prozent fast doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote (17,7 Prozent). Das geht vor allem auf den Abbau von Arbeitsplätzen zurück, die in erster Linie von unqualifizierten Arbeitnehmern besetzt wurden.

Bei den erwerbsfähigen Türken hat nahezu nur jeder zweite Arbeit, 46 Prozent von ihnen sind jünger als 35 Jahre, und 90 Prozent der arbeitslos gemeldeten Türken haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.<sup>61</sup>

Die Beteiligung am Erwerbsleben, die Integration in den Arbeitsmarkt, ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Integration. Tatsache ist, dass Ausländer von Arbeitslosigkeit sehr viel stärker betroffen sind und sich die Beschäftigungsstrukturen der Ausländer – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen eu-

ropäischen Ländern – von denen der Einheimischen deutlich negativ abheben. Dies spricht für erhebliche Integrationsdefizite und deutet auf eine mittel- und langfristige wirkende Abkopplung von Strukturentwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt hin.

Ein weiteres Indiz für die mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt ist auch die Tatsache, dass rund ein Viertel aller ausländischen weiblichen Beschäftigten in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen tätig ist (1997).<sup>62</sup> Überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind auch ausländische Jugendliche: Ihre Arbeitslosenquote lag 1999 mit 17,4 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die der deutschen Altersgruppe (7,8 Prozent).<sup>63</sup>

## 8. Überforderte Kommunen und Zuwanderung

Die Städte und Ballungszentren sind mit den Folgen der Zuwanderung aus den Anwerbestaaten der Sechziger- und Siebzigerjahre ebenso konfrontiert wie mit den Folgen des großen Aufkommens an Asylbewerbern in den Achtziger- und Neunzigerjahren. Die Folgen einer vorwiegend an den Interessen der Großindustrie ausgerichteten Arbeitszuwanderung der Sechzigerjahre sind angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels und einer Erosion Hunderttausender Arbeitsplätze hohe Arbeitslosigkeit und entsprechende überdurchschnittliche Sozialhilfelasten bei gleichzeitigen Einnahmeverlusten vor allem beim Steueraufkommen. Vor dem Hintergrund tief greifender sozialer Umstrukturierungsprozesse in den Städten verschärft die Zuwanderung die aktuellen Probleme der Kommunen. "Es kommen Menschen ohne Aussicht auf Arbeit. Arbeitslosigkeit und Verarmungsprozesse könnten die bislang hohe Integrationskraft der Städte zunehmend in Frage stellen, Phänomene der Globalisierung erschweren lokale Handlungsansätze. Die Zuwanderung fällt heute mit Problemen zusammen,

die der Wandel für die Städte mit sich bringt."<sup>64</sup>

Deindustrialisierung und ständig an Geschwindigkeit gewinnende Rationalisierung führen zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit. Der Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft kann die weggefallenen Arbeitsplätze im industriellen Sektor nicht kompensieren. Auch deshalb nicht, weil die neuen Arbeitsplätze Qualifikationen erfordern, über die die Zuwanderer häufig nicht verfügen. "Fallen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe weg, so verlieren mehr Ausländer ihr Beschäftigungsverhältnis als Deutsche. Gelingt der Stadt hingegen eine wirtschaftliche Revitalisierung zu Gunsten neuer Industrien und eines Ausbaus des Dienstleistungssektors, so haben sie wiederum auf Grund ihrer mangelnden Qualifikation geringe Chancen, eine neue Anstellung zu finden."<sup>65</sup> Mit dem sich dramatisch verschlechternden Arbeitsmarkt sind gleichzeitig die Integrationschancen rapide gesunken.

Die abnehmende Integration in den Arbeitsmarkt verstärkt die Hinwendung zur eigenen ethnisch strukturierten Gemeinschaft und die Absonderung von der Mehrheitsgesellschaft. Zusätzlich werden diese Vorgänge durch die allgemein feststellbaren sozialen Spaltungsprozesse in den Städten gefördert. Das Konfliktpotenzial nimmt zu.

Die Zuwanderer und ihre Nachkommen treten um Arbeits- und Ausbildungsplätze und den Zugang zu sozialer Infrastruktur wie Kindertagesstätten in Konkurrenz zu einheimischen sozial Schwachen. Die zunehmende soziale Polarisierung in den Städten bringt es zwangsläufig mit sich, dass die sozial Schwachen überproportional große Integrationsleistungen zu erbringen haben und damit häufig überfordert werden. Sie werden im Alltag mit den fremden Lebensweisen und -rhythmen, fremdem Verständnis von Zeit und von der

Inanspruchnahme öffentlichen und privaten Raums konfrontiert. In der Schule findet die Auseinandersetzung um die dominierende Sprache statt.

Wesentliche Bedingungen gelungener Integration sind wirtschaftliches Wachstum und expandierende Arbeitsmärkte. Angesichts einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit fallen die Zuwanderer immer häufiger auf die sozialen Sicherungssysteme zurück. Dies stellt die Kommunen in Zeiten überlasteter öffentlicher Haushalte mit hohen strukturellen Defiziten vor ein Dilemma: Die Anforderungen steigen, während die Handlungsfähigkeit abnimmt. Für 2001 rechnete der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes damit, dass die Kommunen zum ersten Mal mehr als die Hälfte ihrer Steuereinnahmen für Sozialleistungen ausgeben müssten.<sup>66</sup> So sind einerseits einschneidende Sparanstrengungen bei den konsumtiven Ausgaben unvermeidbar, andererseits erfordern die Probleme in den sozial schwierigen Stadtteilen besondere Anstrengungen, um die Entwicklung zu Ghettos und die Eskalation von Abschottung und Gewalt zu vermeiden. Dies gilt nicht nur für die polizeiliche Präsenz, sondern auch für die personelle Ausstattung beispielsweise von Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen. Was bedeutet dieser Befund für die Städte? Die großen Städte werden in Zukunft ihre geschichtliche Rolle als "gigantische Integrationsmaschinen"<sup>67</sup> nur mehr sehr eingeschränkt übernehmen können – die Maschinen geraten zusehends ins Stottern.

Bei wachsenden sozialen Problemen und sinkender Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes spricht vieles dafür, dass sich die Konflikte in den Städten weiter verschärfen werden. Gleichzeitig verlieren sie zunehmend die politische und ökonomische Kraft, die Konflikte einzugrenzen oder gar zurückzudrängen.

## 9. Konsequenzen

Welche Schlüsse sind aus dieser Analyse zu ziehen? Hier sollen vier benannt werden: Plädoyer für

- ein realistisches Bild von der Lage und ein Ende der Schönfärberei,
- einen Kurswechsel vom Integrationsangebot zur Integrationspflicht,
- den Abschied vom Ökonomismus und
- eine offensive Auseinandersetzung mit der politischen Zielvorstellung der "multikulturellen Gesellschaft".

### 9.1 Plädoyer für ein realistisches Bild von der Lage und ein Ende der Schönfärberei

Schönfärberei hilft nicht weiter, sondern verhindert vielmehr eine zutreffende Analyse, die wiederum die Voraussetzung für eine wirksamere Integrationspolitik ist. Vorhandene Konflikte zu verdrängen birgt zudem die Gefahr, dass sich das Konfliktpotenzial aufbaut und sich unerwartet und eruptiv entlädt. Eine offene Debatte darüber, welche Defizite und Probleme es gibt, muss deshalb stärker als bisher gefördert werden. Der heutige "Schweigekonsens" weiter Kreise der Politik fordert extremistische Gruppen geradezu heraus.

Zu der notwendigen Analyse gehört, dass die sprachliche, wirtschaftliche und soziale Integration großer Teile der ausländischen Bevölkerung auch nach jahrzehntelangem Aufenthalt in Deutschland erhebliche Defizite aufweist und in Teilen sogar rückläufig ist. Die Integrationsmisere hat zwei wesentliche Ursachen: die ökonomistische Politik der Sechziger- und Siebzigerjahre, die glaubte, je nach Bedarf Arbeitskräfte ins Land holen und wieder zurückschicken zu können, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass dieser Mechanismus nicht funktionieren konnte und aus "Gastarbeitern" Zuwanderer wurden. Die zweite Ursache liegt in der irrigen Annahme, dass Integration im Verlaufe der Jahre und Jahrzehnte automatisch erfolgen werde und dass sich die

Politik des Staates auf Angebote zur Integration zu beschränken habe. Beide Annahmen wurden der Lebenswirklichkeit nicht gerecht.

### 9.2 Plädoyer für einen Kurswechsel vom Integrationsangebot zur Integrationspflicht

Zuwanderer haben nach verbreiteter Auffassung in erster Linie Ansprüche an die deutsche Aufnahmegesellschaft. Das mangelnde Selbstbewusstsein, die Ich-Schwäche der deutschen Integrationspolitik, verbietet es hingegen, Ansprüche an den Zuwanderer zu stellen oder gar Kriterien für eine dauerhafte Zuwanderung zu entwickeln. So wurde der Eindruck erweckt, als sei die Entscheidung, die beim Erwerb der Staatsangehörigkeit grundsätzlich verlangt wird, unzumutbar. Sich zum Staat Bundesrepublik Deutschland zu bekennen und in der Konsequenz die alte Staatsangehörigkeit abzugeben, das könne nicht verlangt werden. Das hier zum Ausdruck kommende defizitäre Selbstbewusstsein löst bei vielen Zuwanderern am ehesten Verachtung aus. Die Vorstellung, dass es etwas Erstrebenswertes sein könne, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, das jenseits rechtlicher und materieller Vorteile liegt, ist für sie angesichts der von der deutschen Politik verbreiteten Geringschätzung nur schwer nachvollziehbar.

Einer Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien zufolge erfüllen drei Viertel aller noch nicht eingebürgerten Zuwanderer aus der Türkei die Voraussetzungen für eine Einbürgerung in Deutschland. Die Mehrheit der türkischen Staatsbürger in Deutschland lehnt allerdings eine Einbürgerung "definitiv" ab. Je länger die Aufenthaltsdauer in Deutschland, desto geringer der Wille, sich einbürgern zu lassen. Die Gruppe, die länger als 30 Jahre in Deutschland lebt, lehnt zu 83 Prozent eine Einbürgerung ab.<sup>68</sup> Nach der gleichen Untersuchung geben rund drei Viertel der Befragten als Motive für ihre Einbürgerung



rechtliche Vorteile, Aufenthaltssicherheit und politische Mitspracherechte an. Nur sieben Prozent gaben an, sich "ganz und gar mit Deutschland verbunden" zu fühlen.<sup>69</sup>

Vor diesem Hintergrund geht die immer wieder vorgebrachte Behauptung ins Leere, die angebliche Verweigerung der Staatsangehörigkeit und der damit verbundenen politischen Rechte für jene, die hier dauerhaft leben, sei diskriminierend und eine Ursache für die feststellbaren Tendenzen zur Desintegration.

Welche Integrationschancen werden sich mit der zweiten Staatsangehörigkeit für die Kinder in den ethnischen Kolonien unserer Großstädte verbessern? Was nützt ein deutscher Pass, wenn die deutsche Sprache im Elternhaus nicht gesprochen wird und auf diese Weise auch die Kinder keine Chance haben, die Schule erfolgreich zu absolvieren und anschließend einen Ausbildungsplatz zu bekommen? Welches Kind fragt nach der Staatsangehörigkeit, wenn es mit dem Nachbarkind spielt? Die sozialdemokratische Vorgängerregierung unter Kanzler Helmut Schmidt hatte noch eine andere – realistischere – Einschätzung: "Wenn die Anforderungen für eine Einbürgerung wesentlich herabgesetzt werden, könnte es sein, dass ein Eingebürgerter trotz des rechtlichen Bandes der Staatsangehörigkeit innerlich in Deutschland ein Fremder bleibt, der sich trotz voller rechtlicher Gleichstellung in seinen sozialen Chancen diskriminiert fühlen könnte. Es wäre dann nicht auszuschließen, dass fremdsprachige Minderheiten mit deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland entstehen, die für soziale Krisen besonders anfällig werden."<sup>70</sup>

Selbstverständlich darf der Staat von denen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen wollen, eine bewusste Entscheidung dafür, die Hinwendung zu diesem Staat sowie die damit verbundene Loslösung von seinem bisherigen Heimatstaat

verlangen. Der Verzicht darauf, wie er in der Debatte um das Staatsangehörigkeitsrecht gefordert worden ist, sendet die falschen Signale aus: Eine Entscheidung wird nicht verlangt. Damit wird im Ergebnis auch keinerlei Anreiz geschaffen, Abgrenzung und Absonderung abzubauen. Im Gegenteil: Mit der Debatte wurde eher auf die Verfestigung ethnischer und kultureller Gruppenzugehörigkeiten und damit auf die weitere Zersplitterung unserer Gesellschaft hingewirkt. So werde man in Zukunft "auch mit einem angriffslustigen ethnisch-religiösen Lobbyismus zu rechnen" haben, kommentierte denn auch die Tageszeitung.<sup>71</sup>

Integrationspolitik muss sich von bekannten Lebenslügen verabschieden: Dazu gehört, dass Integration grundsätzlich in das Belieben von Zuwanderern gestellt wird. "Integration kann nur freiwillig erfolgen, einen Zwang kann und darf es nicht geben", wie es in einer Veröffentlichung der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung heißt.<sup>72</sup> Um Integrationsprozesse anzustoßen und zu beschleunigen, ist ein Kurswechsel unumgänglich: vom Integrationsangebot hin zur unüberhörbaren Integrationsforderung und zum Integrationsdruck. Die proklamatorische Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland, wie sie unter anderem von der amtierenden Ausländerbeauftragten Marieluise Beck immer wieder gefordert wird<sup>73</sup>, trägt Züge eines intellektuellen Konstrukts und parteipolitisch motivierter Rechthaberei. Integrationspolitisch ist damit noch nichts wesentlich Neues ausgesagt. Kay Hailbronner hat zu Recht bemerkt: "Aus der faktischen Einwanderung zu schließen, es müsse auch durch die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zum Einwanderungsland für die Zukunft rechtlich sanktioniert werden, was faktisch nicht verhindert werden konnte, ist ähnlich, wie wenn man aus der massenhaften Steuerhinterziehung bei Zinseinkünften aus ausländischen Kapitalanlagen den Schluss ziehen wollte, die Bundesrepublik zum steuerfreien Land für Kapitaleinkünfte zu erklären."<sup>74</sup>

Die deutsche Politik wird nicht umhin kommen, Integrationsleistungen von Seiten derjenigen einzufordern, die sich in Deutschland dauerhaft aufhalten wollen und dürfen. Das gilt auch für die Einbürgerungspraxis. Nicht die Verkürzung von Fristen löst Probleme, sondern konkrete Integrationsleistungen des künftigen deutschen Staatsbürgers, die eine Hinwendung zu seiner neuen Heimat dokumentieren, sind die Erfordernisse. Die Vorstellung, der Staat müsse nur genügend attraktive Integrationsangebote (wie Sprach- und Integrationskurse) machen oder gar ein Recht auf Integrationsangebote im Ausländergesetz festschreiben<sup>75</sup>, dann sei die bisher unzureichend erfolgte und in weiten Teilen ausgebliebene Integration ein Selbstläufer, geht an der Realität vorbei.

Die Erfahrungen mit Integrationsverweigerung in den Kommunen unter anderem auf Grund überkommener autoritär-patriarchalischer Familienstrukturen sprechen jedenfalls eine andere Sprache. Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen für rückläufige Integration, und genau hier könnte ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Position der Frau geleistet werden. "Integration läuft über die Frauen – das wissen auch die türkischen Familien, die deshalb die Bräute ihrer Söhne aus der Heimat holen, gerade um westliche Einflüsse von der Familie fern zu halten. [...] Die staatliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Integrationsunwillen ganzer Gruppen führt dazu, die Macht der Patriarchen über genau die Mitglieder der Familie zu festigen, die am meisten zur Integration beitragen können: die Mütter, die ihre Kinder in die deutsche Gesellschaft hineinführen – oder sie aber davon abschotten. Wer argumentiert, eine Sprache sei nicht mit Zwang zu erlernen, hat Recht – er ignoriert aber das Problem, dass es auch Zwang ist, der vielen Zuwanderern die Integration und das Lernen der Sprache verwehrt. Ein Zwang, der nicht nur mit freundlichen Angeboten aufgehoben werden kann, sondern nur durch die vom Staat eingeforderte Pflicht jedes Zuwanderers, ein Minimum an Deutsch zu

erlernen. Diese Pflicht ist eine Forderung an die Zuwanderer, sie kann aber auch zur Befreiung werden: zur Befreiung aus einem fesselnden Familienband, zur Befreiung, das eigene Leben selbst in die Hand nehmen zu können und nicht nur das unmündige Anhängsel eines Ehegatten zu sein."<sup>76</sup>

Die erhebliche Verstärkung des deutschen Sprachunterrichts an Schulen und die Absicht, künftig Schulanfänger um ein Jahr zurückzustellen, wenn sie trotz entsprechender Kurse nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, wie es in Hessen vorgesehen ist, geht daher in die richtige Richtung.

Wie sehr das Bild des umfassend "betreuten Menschen", der sich ohne staatliche Alimentation und sozialarbeiterischen Rund-um-die-Uhr-Einsatz nicht zurechtfindet, noch die politischen Vorstellungen prägt, dokumentiert der Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, den Zuwanderern "Integrationslotsen [...] auf ihrem Weg beratend zur Seite" zu stellen.<sup>77</sup> Jedem Zuwanderer seinen Integrationslotsen! Wenn Integration nicht ausreichend stattfindet, liege es daran, dass die verantwortlichen Kommunen noch nicht ausreichend Integrationslotsen bereit gestellt hätten? Genau von diesem Politikansatz wird man sich verabschieden müssen, will man in Zukunft mehr Erfolge erzielen als bisher. Es muss als Selbstverständlichkeit von Zuwanderern erwartet werden, dass sie sich eigenverantwortlich um den Erwerb von Sprachkenntnissen und anderen kulturellen Anpassungsleistungen bemühen.

Nicht länger kann das Dogma gelten: "Integration kann nicht Anpassung heißen und mit Verlust von Identität einhergehen."<sup>78</sup> Hier muss entschieden widersprochen werden: Selbstverständlich müssen von Menschen, die sich dauerhaft in Deutschland niederlassen wollen, erhebliche Anpassungsleistungen erwartet werden. Leere Floskeln wie das Postulat von Bündnis '90/Die Grünen, "Integration [...] meint den

beständigen Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens<sup>79</sup>, verunklaren die Situation ebenso wie die Formel vom "Integrationsvertrag", die von der Ausländerbeauftragten ins Gespräch gebracht worden ist.<sup>80</sup> Das Bild vom Vertrag ist in diesem Zusammenhang schief und weckt falsche Assoziationen. Es hilft niemandem, wenn man verschleiert, dass sich der Staat und der zuwanderungswillige oder gar asylbegehrende Ausländer nicht als gleichberechtigte Verhandlungspartner gegenüberstehen. So kann es kaum dem Verhandlungsgeschick des "Vertragspartners" Ausländer überlassen bleiben, zu welchen Bedingungen er sich integriert und Staatsbürger wird. Falsche Bilder schaffen falsche Erwartungen und bewirken im Ergebnis Fehlentwicklungen. Die Feststellung Theo Sommers in *Der Zeit*, "Integration bedeutet zwangsläufig ein gutes Stück Assimilation an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte", ist zentral.<sup>81</sup> Dass sie – als sie von Unionspolitikern in die Debatte gebracht worden war<sup>82</sup> – so umstritten war, zeigt, wie unterentwickelt das Problembewusstsein in diesen Fragen (noch) ist.

Der Prozess der Integration "kann gelingen unter den Bedingungen resignierter Toleranz, universell gültiger Menschenrechte, ökonomischen Wachstums, expandierender Arbeitsmärkte und einer urbanen Stadt, die soziale Segregation und zugleich Räume unvollständiger Integration ermöglicht".<sup>83</sup> Wenn diese Feststellung grundsätzlich zutrifft, dann stehen die Chancen für Integrationsfortschritte größeren Ausmaßes nicht gut. Es zeichnen sich weder dauerhaftes und nennenswertes wirtschaftliches Wachstum noch eine spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt ab. Auf Grund der Bevölkerungsentwicklung, des unverminderten Wanderungsdrucks nach Deutschland und der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union wird sich die Bundesrepublik Deutschland auf zunehmende Belastungen und Spannungen einstellen müssen. Die Feststellung des SPD-

Vorstandes aus dem Jahr 1982, "Integration kann nur gelingen, wenn der Anteil der Ausländer an der deutschen Bevölkerung nicht weiter zunimmt"<sup>84</sup>, hat daher nichts an seiner Gültigkeit verloren.

Es gibt auch in Sachen Integration keine Patentrezepte, insbesondere was die Integrationsdefizite und Desintegrationsphänomene in den Großstädten betrifft. Die fatalistische Hinnahme kann jedenfalls nicht das letzte Wort sein. Etwa wenn der SPD-Politiker Hans-Ulrich Klose erklärt: "Inzwischen haben wir in Deutschland, zumindest in den größeren Städten, sehr verfestigte Parallelgesellschaften, und zwar so verfestigt, dass ich nicht glaube, dass noch wirkliche Integrationserfolge erzielt werden können. Ich glaube, das ist 'verloren'. Das ist eine sehr bittere Aussage, weil das etwa 85 Prozent der hier gegenwärtig lebenden Türken betrifft."<sup>85</sup> Wer die Probleme ihrem Selbstlauf überlässt, wird sich in nicht allzu ferner Zeit mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen konfrontiert sehen. Unter anderem die Einbindung der Zuwanderer in die sozialen Sicherungssysteme hat bisher Zustände, wie sie sich im englischen Bradford oder in den Banlieus französischer Großstädte abspielten, verhindert. Dass das so bleiben muss, ist eine Illusion.

Vor allem wird dauerhaftes politisches Interesse benötigt, unabhängig von kurzzeitigen politischen Konjunkturen und Medien-Alarmismus. Hinzu muss die Möglichkeit treten, offen über die Probleme zu sprechen, ohne Gefahr zu laufen, von Moral- und Rassismuskreuzen getroffen zu werden. Davon sind wir heute leider noch weit entfernt.

### **9.3 Plädoyer für den Abschied vom Ökonomismus**

Vollzieht die Politik in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts – wie in den Sechzigerjahren des vergangenen – wiederum nur das, was die Wirtschaft von ihr laut-

stark einfordert? Macht sie wiederum den Fehler eindimensionalen ökonomischen Denkens, das die Menschen auf ihre Funktionalität im Arbeitsprozess reduziert und kulturelle Fragen ausblendet oder für unwesentlich erklärt? Ein solches Denken wird den Menschen nicht gerecht – weder den Zuwanderern noch den Einheimischen. Das Ignorieren der kulturellen Herkunft und Prägung von Zuwanderern führt, wie die Gastarbeiter-Anwerbung der Sechziger- und Siebzigerjahre zeigt, zum integrationspolitischen Desaster. Es geht eben nicht in erster Linie um "wettbewerbsfähiges Humankapital", wie es im Sechsten Familienbericht der Bundesregierung zur Lage von Familien ausländischer Herkunft in Deutschland formuliert ist.<sup>86</sup>

Welche geradezu grotesken Züge dieser Ökonomismus annimmt, demonstrieren die "Sachverständigen", die diesen Familienbericht verfasst haben. Die deutsche Bevölkerung löse ihr Problem – die sehr niedrige Kinderzahl – zunehmend durch "Bevölkerungsimport": "Auch hier sind die Parallelen zum Outsourcing globalisierten Wirtschaftens überdeutlich: Was sich gegenwärtig als sozialer Ausdifferenzierungsprozess von Reproduktionsaufgaben aus dem Zentrum in die Peripherie der Moderne vollzieht, ist aus Sicht dieser Moderne als 'lean (re-)production' zu bezeichnen."<sup>87</sup> Das Humankapital der westlichen Industriegesellschaften entledigt sich seiner Reproduktionsaufgaben mittels Bevölkerungsimport und wählt damit den Weg der "lean (re-)production". Die zwanghafte Verwendung volkswirtschaftlicher Begrifflichkeiten ist Ausdruck eines extrem defizitären und falschen Verständnisses vom Menschen. Dass es bei der Krise der Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen um mehr als volkswirtschaftliche Fragen gehen könnte, kommt diesem Denken, das sich in das Prokrustes-Bett solch verquaster Sprache begeben hat, nicht mehr in den Sinn. Wo ausschließlich der (Arbeits-) Markt zum Kriterium von Zuwanderung gemacht werden soll, werden Politik und politische Gestaltung über-

flüssig. Wenn das Staatsvolk als Souverän grundlegende Fragen wie die der Gestaltung von Zuwanderung nicht mehr über die gewählten Politiker entscheidet, dann wird das Demokratieprinzip ausgehebelt.

Dabei ist die Abstraktion von Herkunft und Geschichte den Ökonomen ebenso eigen wie den linken Protagonisten eines "Einwanderungslandes Deutschland".<sup>88</sup>

#### **9.4 Plädoyer für eine offensive Auseinandersetzung mit der politischen Zielvorstellung der "multikulturellen Gesellschaft"**

Die Debatte um Zuwanderung ist auch durch Kampfbegriffe gekennzeichnet, mit deren Hilfe Freund und Feind schnell erkannt und vor allem unterschieden werden können. Zu diesen Kampfvokabeln zählt die "multikulturelle Gesellschaft". Leben wir in einer multikulturellen Gesellschaft, wie die Grünen<sup>89</sup>, die Kirchen<sup>90</sup> und die selbst ernannte "migrationspolitische Fachöffentlichkeit" zu behaupten nicht müde werden? Der Begriff ist hinreichend unpräzise. Häufig wird er als reine Zustandsbeschreibung, dann aber auch wieder als normatives politisches Konzept verwendet.

Seine Herkunft und die damit verbundenen politischen Vorstellungen werden selten erwähnt: Der Begriff stammt aus der amerikanischen Debatte der Achtzigerjahre. Im Hintergrund stand dabei die Behauptung, die Entstehung einer amerikanischen Identität durch Integration sei gescheitert und die Diskriminierung nicht-weißer Minderheiten kennzeichne weiterhin das gesellschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten. An die Stelle des "melting pots" sollte die "multikulturelle Gesellschaft" als Ideal, als die Besinnung auf die eigene ethnische Herkunft treten, verbunden mit der Abgrenzung gegenüber der herrschenden "weißen" Kultur. Dieses bewusste Absetzen und die Reflexion auf sich selbst sollten den Minderheiten die Chance bie-

ten, ein neues Selbstwertgefühl zu entwickeln.<sup>91</sup> Die Geschichtsschreibung sollte zu dieser Identitätsfindung beitragen und auf diese Weise faktisch die Funktion eines "Therapeutikums" wahrnehmen.<sup>92</sup> Kann ein solches Konzept mehr oder weniger getrennter Entwicklung ein Leitbild für Deutschland sein?

Die Islamisten in Deutschland hätten in einer multikulturellen Gesellschaft entsprechende Entfaltungsmöglichkeiten: Sie könnten in "Parallelgesellschaften" gemäß ihren Rechtsvorstellungen (Scharia) und daraus abgeleiteten gesellschaftspolitischen Vorstellungen leben. Die Integrationsbilanz der vergangenen 40 Jahre zeigt, dass wir in Deutschland eindeutig zu viel Absonderung, Abschottung und Desintegration zu verzeichnen haben. Deshalb ist das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft für Deutschland, das kleiner ist als der US-Bundesstaat Montana und in der Mitte Europas liegt, völlig ungeeignet. Verfassungsstaat und Gesellschaft in Deutschland sind – wie der Verfassungsrechtler Paul Kirchhof formuliert hat – "nicht multikulturell, wohl aber kulturoffen".<sup>93</sup> Als Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist der Multikulturalismus unbrauchbar, weil er inhaltlich unscharf ist und all jene ermutigt, die Abgrenzung predigen und Sonderrechte für Minderheiten einfordern. Die Akzeptanz aller Lebensformen im gleichberechtigten Nebeneinander, die im Privaten möglich ist, kann nicht auf das Zusammenleben im Staat übertragen werden. Wohin das führt, dokumentieren – unfreiwillig – die Autoren des 6. Familienberichtes der Bundesregierung deutlich, wenn sie die Frage stellen, "ob der verfassungsmäßige Schutz von Ehe und Familie Raum für die Einbeziehung von in anderen kulturellen Kontexten legitim praktizierten, funktional äquivalenten Lebensformen gibt".<sup>94</sup> Verklausuliert bedeutet das nichts anderes als die suggestive Frage, ob nicht konsequenterweise auch die Polygamie – wie sie unter anderem im Islam erlaubt ist – in Deutschland zukünftig möglich und dann

auch staatlich geschützt sein müsse. An diesen Stellen wird deutlich, dass trotz allen "Verfassungspatriotismus" die Grundwerte dieser Verfassung – des Grundgesetzes – immer weniger selbstverständliche Anerkennung erhalten.

Der Begriff der multikulturellen Gesellschaft steht für das Gegenteil dessen, was wir brauchen: ein selbstbewussteres Vertreten der Werte und Vorstellungen, die zum Kern der europäischen und deutschen Identität gehören. Dazu gehört auch die Abkehr von einer falsch verstandenen Toleranz, die sich selbst verleugnet, ein innergesellschaftliches Appeasement betreibt und Verhaltensweisen hinnimmt, die in einer europäischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht toleriert werden dürfen: So sind Verstöße gegen die Menschenwürde – wie Antisemitismus –, ob er sich gewalttätig oder "nur" verbal äußert, auch dann kein Kavaliersdelikt oder ein "Ausrutscher", wenn sich Ausländer oder Moslems Derartiges zu Schulden haben kommen lassen. Horrorszenarien wie in den Niederlanden, wo in Amsterdam Juden mit Keppeln bei palästinensischen Demonstrationen durch die Straßen gejagt und verprügelt wurden<sup>95</sup>, darf es ausgerechnet in Deutschland nie (wieder) geben.

Irreführend ist der immer wieder erweckte Eindruck, das Problem mangelnder Integration und Integrationsbereitschaft ließe sich durch verstärktes Erlernen der deutschen Sprache aus der Welt schaffen. Zu Recht hat Bassam Tibi darauf hingewiesen, dass der Hamburger Student Mohammed Atta, der an dem Terrorangriff vom 11. September 2001 beteiligt war, sehr gut Deutsch sprach.<sup>96</sup> Letztlich geht es um einen Wertekanon, der anerkannt werden muss, wenn die kulturelle Identität Deutschlands als europäischer Nation nicht aufs Spiel gesetzt werden soll. Welche Schwierigkeiten es dabei gibt und wie weit entfernt die gegenwärtige politische Debatte vom Bewusstsein dieser Schwierigkeiten ist, wird besonders mit Blick auf den Islam deutlich.

So hat der Göttinger Orientalist Tilman Nagel auf die konkreten konfliktbeladenen Themen aufmerksam gemacht: "Um eine solche Übereinstimmung [zwischen Islam und Grundgesetz] herbeizuführen, müssten wesentliche Partien des Korans und der Prophetenüberlieferung für nicht mehr gültig erklärt werden; insbesondere den zahlreichen Koranstellen und Prophetenworten, die zur Gewaltanwendung gegen Andersgläubige auffordern ... und den absoluten Geltungsanspruch des Islam verfechten, sowie den ebenfalls zahlreichen Belegen für die inferiore Stellung der Frau wäre ohne Wenn und Aber die ewige Geltung abzusprechen."<sup>97</sup>

Zuwanderung führt immer zu Konflikten. Diese Konflikte sind unter anderem – was Zuwanderer aus dem außereuropäischen Raum angeht – häufig in kulturellen Unterschieden begründet. Das Reden darüber hat nichts mit Rassismus zu tun. Wer es als solches brandmarkt, leistet keinen Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben. Ziel verantwortlicher Politik muss es sein, die Konflikte einzugrenzen und ein unkontrolliertes Ausbrechen zu verhindern. Fanatischem Nationalismus müssen Grenzen gesetzt werden – das gilt nicht nur für deutsche, sondern auch für kurdisch-türkische Extremisten. Gleiches gilt für religiösen Fanatismus. Wer diese Grenzen nicht zu setzen bereit ist, setzt letztlich den liberalen Rechtsstaat insgesamt aufs Spiel.

Auf dem Gebiet der Zuwanderung darf der demokratische Staat nicht Handlungsunfähigkeit signalisieren. Das zöge weitere Wanderungsbewegungen nach sich und erschwerte die Chancen einer erfolgreichen Integration. Es enttäuschte zudem vor allem jene, die hier entschiedenes Handeln erwarten.

Von den Volksparteien in Deutschland darf dieses Politikfeld nicht unterschätzt werden. Es ist für die innere Stabilität von großer Bedeutung. Verlieren sie hier in den Augen der Bürger ihre Kompetenz und ihre Handlungsfähigkeit, besteht die Gefahr, dass Demagogen sich dieser Themen bemächtigen. Österreich und Frankreich, in denen Volksparteien von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten unter Druck gesetzt werden, sind warnende Beispiele.

Die politische Auseinandersetzung muss daher offensiv geführt werden. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass seine Sorgen ernst genommen werden. In Deutschland erkenne man die Bedeutung politischer Themen daran, dass alle sagten, man dürfe nicht im Wahlkampf darüber reden, ist von Konrad Adam in *Der Welt* festgestellt worden.<sup>98</sup> Das kann nicht das letzte Wort sein. Dass diese Debatte geführt wird, ist daher von großer Bedeutung für die Transparenz und die Glaubwürdigkeit demokratischer Politik und die Zukunft unseres Landes.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Bonn 2000, S.206.
- <sup>2</sup> Vgl. Birg, Herwig: Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Bielefeld 2001, S.1.
- <sup>3</sup> Vgl. Birg, Herwig: Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001, S.51.
- <sup>4</sup> Ebd., S.73.
- <sup>5</sup> Birg, H.: Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland, S.5.
- <sup>6</sup> Birg, H.: Die demografische Zeitenwende, S.151ff.
- <sup>7</sup> Ebd., S.154ff.
- <sup>8</sup> Vgl. Birg, Herwig.: Demografisches Wissen und politische Verantwortung, Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert, in: Jürgen Dorbritz (Hrsg.), Demografie und Politik, Bonn 1999, S.41.
- <sup>9</sup> Birg, H.: Die demografische Zeitenwende, S.35.
- <sup>10</sup> Neumann, Julia: Etwas Struktur im großen Chaos, in: tageszeitung (taz), 22.12.1998.
- <sup>11</sup> Straßburger, Gaby: Warum aus der Türkei? Zum Hintergrund transnationaler Ehen der zweiten Migrantengeneration, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 2001/H.1, S.34.
- <sup>12</sup> Albrecht-Eisel, Christina: Deutschunterricht für ausländische Frauen, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Integration von Ausländern. Beispiele vor Ort, St. Augustin 2001, S.7.
- <sup>13</sup> Erdtmann, Angelika: Integration im Kindergarten – nicht nur für Kinder, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Integration von Ausländern, S.25.
- <sup>14</sup> Der Glaube wird hier nicht verkündet, Interview mit Michael Kiefer in der tageszeitung (taz), 22.5.2000.
- <sup>15</sup> Şen, Faruk/Sauer, Martina/Halm, Dirk: Inter-generatives Verhalten und (Selbst-) Ethnisierung von türkischen Zuwanderern. Gutachten des Zentrums für Türkeistudien für die Unabhängige Kommission "Zuwanderung", Essen 2001, S.60.
- <sup>16</sup> Vgl. ebd., S.63.
- <sup>17</sup> So die Hamburger Ausländerbeauftragte: Schulsprache Deutsch – Muttersprache Türkisch. Die Bildungsprobleme türkischer Kinder, 3.2.2001, [www.hamburg.de/Behoerden/Auslaenderbeauftragter/themen/integration/rede-bildungskonfe.htm](http://www.hamburg.de/Behoerden/Auslaenderbeauftragter/themen/integration/rede-bildungskonfe.htm)
- <sup>18</sup> Ebd.
- <sup>19</sup> Vgl. Filsinger, Dieter: Kommunale Gesamtkonzepte zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher. Expertise im Rahmen des Aktionsprogrammes "Integration junger Ausländerinnen und Ausländer" des Bundesministers für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Deutsches Jugendinstitut e.V., München 1998, S.127-129.
- <sup>20</sup> Vgl. Frings, Ute: Kreuzberg ist auch eine türkische Stadt, in: Frankfurter Rundschau, 3.7.1998.
- <sup>21</sup> Vgl. John, Barbara: Das Berliner Konzept der Ausländerintegration, in: Hartmut Wendt/Andreas Heigl (Hrsg.), Ausländerintegration in Deutschland, Vorträge auf der 2. Tagung des Arbeitskreises "Migration-Integration-Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Wiesbaden 2000, S.25.
- <sup>22</sup> Vgl. Schulsenator Böger will ausländische Eliten heranbilden, in: FAZ, 26.2.2001; Oma mit guter Adresse, in: Der Spiegel, 1998/H.44; Goddar, Jeanette: Bitte nicht an meiner Schule, in: taz, 20.11.1998.
- <sup>23</sup> Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 13/4001: Vorlage über Bericht zur Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zur Entschärfung sozialer Konflikte besonders belasteter Stadtquartiere, 2.8.1999.
- <sup>24</sup> Ghettos gibt es nicht in Deutschland, in: taz, 5./6.9.1998.
- <sup>25</sup> Schuller, Konrad: Deutschland kommt im Alltag nicht mehr vor, in: FAZ, 10.3.1998.
- <sup>26</sup> Hanhörster, Heike/Mölder, Margit: Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich, in: Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim/München 2000, S.373.
- <sup>27</sup> Vgl. Tezcan, Levent: Kulturelle Identität und Konflikt. Zur Rolle politischer und religiöser Gruppen der türkischen Minderheitsbevölkerung, in: Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturel-

- le Konfliktkonstellationen, Weinheim/München 2000, S.439f.
- 28 Schröder, Helmut u.a.: Ursachen interethnischer Konflikte, in: Wilhelm Heitmeyer / Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Bedrohte Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim/München 2002, S.191.
- 29 Ebd., S.191-192.
- 30 Tezcan, L.: Kulturelle Identität und Konflikt, S.411.
- 31 Czujewicz, Claus: Erfahrungen der Justiz mit nichtdeutschen Jugendlichen, in: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, S.1, Internet-Fassung: [www.sensjs.berlin.de/familie/landeskommission\\_berlin\\_gegen\\_gewalt/start.htm](http://www.sensjs.berlin.de/familie/landeskommission_berlin_gegen_gewalt/start.htm).
- 32 Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Enquete-Kommission "Jugendkriminalität", Drs. 16/4000, Hamburg 2000, S.42.
- 33 Vgl. ebd., S.55.
- 34 Vgl. ebd., S.152.
- 35 Vgl. Gesemann, Frank/Voß, Stephan: Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin. Ergebnisse, offene Fragen und weiterführende Überlegungen, in: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, S.2, Internet-Fassung (FN 31).
- 36 Vgl. ebd., S.4.
- 37 Vgl. Fiedler, Marius: Nichtdeutsche Jugendliche im Strafvollzug, in: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, S.2, Internet-Fassung (FN 31).
- 38 Jentsch, Walter: Erfahrungen als Jugendrichter, in: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, S.1, Internet-Fassung (FN 31).
- 39 Vgl. Roll, Winfried: Entwicklung der Jugendkriminalität in Berlin, in: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, S.12, Internet-Fassung (FN 31).
- 40 Czujewicz, C.: Erfahrungen der Justiz mit nichtdeutschen Jugendlichen, S.1, Internet-Fassung.
- 41 Jentsch, W.: Erfahrungen als Jugendrichter, S.2, Internet-Fassung.
- 42 Vgl. Roll, W.: Entwicklung der Jugendkriminalität in Berlin, S.14, Internet-Fassung.
- 43 Ziermann, Michael: Jugendgruppengewalt aus Sicht der Operativen Gruppe Jugendgewalt der Direktion 5, Kreuzberg/Neukölln, in: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, S.2, Internet-Fassung (FN 31).
- 44 Vgl. Roll, W.: Entwicklung der Jugendkriminalität, S.16, Internet-Fassung.
- 45 Vgl. Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter: Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland, 1999, [www.kfn.de/strukturentwicklungjugendgewalt.htm](http://www.kfn.de/strukturentwicklungjugendgewalt.htm), S.2.
- 46 Vgl. ebd., S.10.
- 47 Ebd., S.4.
- 48 Ebd., S.12-13.
- 49 Vgl. ebd., S.11.
- 50 Vgl. Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter: Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt, KFN-Forschungsbericht Nr.81, Hannover 2000, S.14.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd., S.15.
- 53 Vgl. ebd., S.17.
- 54 Vgl. ebd., S.18.
- 55 Vgl. ebd., S.21.
- 56 Vgl. ebd., S.22.
- 57 Vgl. Arbeitsmarktbericht 2000, [www.hamburg.de/Behoerden/Presstexte/tagesmeldungen/2001/april/w16/mi/bags18.htm](http://www.hamburg.de/Behoerden/Presstexte/tagesmeldungen/2001/april/w16/mi/bags18.htm).
- 58 Ebd.
- 59 Vgl. Statistisches Landesamt Hamburg: Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit, [www.hamburg.de/Behoerden/StaLA/](http://www.hamburg.de/Behoerden/StaLA/).
- 60 Vgl. Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Freien und Hansestadt Hamburg – Landessozialamt (Hrsg.): Armut in Hamburg 2, Beiträge zur Sozialberichterstattung, 2. Aufl., Hamburg 1998, [www.hamburg.de/Behoerden/BAGS/armut/](http://www.hamburg.de/Behoerden/BAGS/armut/)
- 61 Gülfirat, Suzan: Trotz Fortbildung keinen Arbeitsplatz gefunden, in: Der Tagesspiegel, 29.3.2001.
- 62 Vgl. von Loeffelholz, Hans Dietrich/Hernold, Peter: Berufliche Integration von Zuwanderern. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung" beim Bundesminister des Innern, hrsg. vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Essen 2001, S.28.



- 63 Werner, Heinz/König, Ingeborg: Integration ausländischer Arbeitnehmer in die Arbeitsmärkte der EU-Länder. Ein europäischer Vergleich, IAB-Werkstattbericht Ausgabe Nr.10, 21.8.2001, S.12.
- 64 Brech, Joachim: Migration – Stadt im Wandel? Und die Planung?, in: Joachim Brech/Laura Vanhué (Hrsg.), Migration – Stadt im Wandel?, Darmstadt 1997, S.16-17.
- 65 Friedrich, Jürgen: Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten?, in: Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase/Otto Backes (Hrsg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen des integrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main 1998, S.253.
- 66 Vgl. Kommunaletats werden durch Sozialleistungen bedroht, in: Handelsblatt, 23.3.2001.
- 67 Häußermann, Hartmut/Oswald, Ingrid (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan 25/1997, Sonderheft 17, S.11.
- 68 Vgl. Şen, F./Sauer, M./Halm, D.: Intergeneratives Verhalten und (Selbst-) Ethnisierung von türkischen Zuwanderern, S.103-109.
- 69 Ebd., S.103.
- 70 Weiterentwicklung der Ausländerpolitik, Beschlüsse der Bundesregierung vom 19.3.1980, S.22.
- 71 Terkessidis, Mark: Der lange Abschied vom Paternalismus, in: taz, 20.11.1998.
- 72 Waltz, Viktoria: Migration und Urbanität, in: Integration in Städten und Gemeinden, hrsg. von der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Berlin/Bonn 2001, S.4.
- 73 Vgl. Ein Amt zwischen den Stühlen, Interview mit der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, in: taz, 8.11.1999.
- 74 Hailbronner, Kay: Die Rechtsstellung der Ausländer im Blick auf Europa, in: Multikulturelle Gesellschaft und Wertegesellschaft, Deutsche Sektion der Internationalen Juristen-Kommission, Jahrestagung 1998, Heidelberg 2000, S.31.
- 75 So die Vorstellung der Ausländerbeauftragten Beck: Anstöße zum Thema Integration II: Eckpunkte für eine Integrationsgesetzgebung, Dezember 2000, [www.bundesauslaenderbeauftragte.de/aktuell/anstoesse2.stm](http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/aktuell/anstoesse2.stm).
- 76 Ramelsberger, Anette: Ein befreiender Zwang. Warum es richtig ist, Deutschkurse vorzuschreiben, in: Süddeutsche Zeitung, 20.4.2001.
- 77 Die neue Politik der Zuwanderung. Steuerung, Integration, innerer Friede. Die Eckpunkte der SPD-Bundestagsfraktion, Beschlussfassung, S.8, [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de).
- 78 Waltz, V.: Migration und Urbanität, S.4.
- 79 Künast, Renate u.a.: Einwanderung gestalten – Asylrecht sichern – Integration fördern, November 2000, [www.gruene.de](http://www.gruene.de), S.16.
- 80 Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: Anstöße zum Thema Integration II, Dezember 2000, [www.bundesauslaenderbeauftragte.de/aktuell/anstoesse2.stm](http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/aktuell/anstoesse2.stm).
- 81 Sommer, Theo: Der Kopf zählt, nicht das Tuch. Ausländer in Deutschland: Integration kann keine Einbahnstraße sein, in: Die Zeit, 16.7.1998.
- 82 Vgl. Adam, Konrad: Nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes, in: Die Welt, 31.10.2000.
- 83 Siebel, Walter: Die Stadt und die Zuwanderer, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan 25/1997, Sonderheft 17, S.34.
- 84 Vom SPD-Vorstand verabschiedete Thesen: SPD. Der Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 294/82. vom 29. Juni 1982, S.5.
- 85 Friedrich Ebert Stiftung: Die Türken in Deutschland zwischen Fremdbestimmung und Integration: Bericht einer Gesprächsrunde, Istanbul 1999, S.16.
- 86 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familien ausländischer Herkunft, Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht, Berlin 2000, S.6.
- 87 Ebd., S.28.
- 88 Vgl. Gauland, Alexander: Das Kapital ist die neue Linke, in: Die Welt, 21.4.2001.
- 89 Vgl. "Multikulturelle Demokratie", Beschluss des Parteirats von Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2000, S.2, [www.gruene.de](http://www.gruene.de).
- 90 Die Kirchen sehen "Multikulturelle und polyethnische Koexistenz in kultureller Toleranz" als das Leitbild gesellschaftlichen Zusammenlebens: "... und der Fremdling, der in deinen Toren ist." Gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz in Verbindung mit weiteren Mitglieds- und Gastkirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher

- 
- Kirchen in Deutschland, Bonn/Frankfurt am Main/Hannover 1997, S.30.
- <sup>91</sup> Vgl. Schenz, Viola: Political Correctness. Eine Bewegung erobert Amerika, Frankfurt am Main/Berlin/Bern 1994, S.60-61, 84.
- <sup>92</sup> Vgl. ebd., S.89.
- <sup>93</sup> Kirchhof, Paul: Offenheit und Gebundenheit des demokratischen Rechtsstaates, in: Deutsche Sektion der Internationalen Juristen-Kommission (Hrsg.), Multikulturelle Gesellschaft und Wertegesellschaft, Heidelberg 2000, S.15.
- <sup>94</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familien ausländischer Herkunft. Sechster Familienbericht, S.23.
- 
- <sup>95</sup> Vgl. Gelobtes Land? Das sind wir doch selber, in: FAZ, 15.5.2002.
- <sup>96</sup> Tibi, Bassam: Leitkultur und innere Sicherheit, in: Die Welt, 15.4.2002.
- <sup>97</sup> Nagel, Tilman: Kann es säkularisierten Islam geben?, in: Reinhard C. Meier-Walser/Rainer Glagow (Hrsg.), Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen, aktuelle analysen 26, München 2001, S.19.
- <sup>98</sup> Adam, Konrad: Mehr Populismus wagen, in: Die Welt, 7.11.2001.